

DAS MINISTRIUM FÜR
HOCHSCHULBILDUNG

GULISTANER STAATSUNIVERSITÄT

LEHRSTUHL

“Für Fremdsprachen”

REFERAT ZUM THEMA:

“ Deutsche Bevölkerung ”

Vorgestellt: Komolova Shaxnoza

Gulistan - 2015

Содержание

Bevölkerungs Verteilung in Deutschland	
Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern	
Regionale Unterschiede	
Integrierte Volksgruppen	
Die demographische Entwicklung in Deutschland	
Generationenvertrag	
Die Familie	
Frauen und Männer	
Jugend	
Migration und Integration	
Ausländerpolitik	
Schluß	
Список использованной литературы	

Bevölkerungs Verteilung in Deutschland

Deutschland wird von rund 82,0 Millionen Menschen (darunter 7,3 Millionen Ausländern) bewohnt und gehört mit einer Bevölkerungsdichte von 230 Menschen pro Quadratkilometer zu den am dichtesten besiedelten Ländern Europas. Nur in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und Nordirland ist die Bevölkerungsdichte noch größer.

Die Bevölkerung in Deutschland ist räumlich sehr unterschiedlich verteilt. Die seit der deutschen Vereinigung schnell wachsende Region Berlin umfaßt derzeit mehr als 4,3 Millionen Einwohner. Im Industriegebiet an Rhein und Ruhr, wo die Städte ohne deutliche Abgrenzung ineinander übergehen, leben mehr als 11 Millionen Menschen – etwa 1100 pro Quadratkilometer.

Weitere Ballungsgebiete sind das Rhein-Main-Gebiet mit den Städten Frankfurt, Wiesbaden und Mainz, die Industrieregion im Rhein-Neckar-Raum mit Mannheim und Ludwigshafen, das Wirtschaftsgebiet um Stuttgart sowie die Einzugsbereiche von Bremen, Dresden, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Nürnberg/Fürth.

Diesen dicht bevölkerten Regionen stehen sehr schwach besiedelte Gebiete gegenüber, so zum Beispiel die Heide- und Moorlandschaften der Norddeutschen Tiefebene, Gebiete der Eifel, des Bayerischen Waldes, der Oberpfalz, der Mark Brandenburg und weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns.

Der Westen Deutschlands ist wesentlich dichter besiedelt als der Osten. Dort leben auf rund 30 Prozent der Fläche weniger als ein Fünftel (15,5 Millionen) der Einwohner Deutschlands. Von den 20 Städten mit mehr als 300000 Einwohnern liegen zwei im östlichen Teil Deutschlands. Fast jeder dritte Einwohner der Bundesrepublik lebt in einer der 84 Großstädte (über 100000 Einwohner). Dies sind rund 26 Millionen Menschen. Die Mehrheit wohnt dagegen in Dörfern und Kleinstädten: Fast 6,6 Millionen sind in Ortschaften mit bis zu 2000 Einwohnern zu Hause. 49,7 Millionen leben in Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 2000 und 100 000.

Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern

Die Bevölkerungszahl in den alten und neuen Ländern ging in den siebziger Jahren zurück, da die Geburtenrate rückläufig war. Mit 10,5 Geburten auf 1000 Einwohner pro Jahr (altes Bundesgebiet) zählt Deutschland trotz eines Anstiegs der Geburtenzahlen 1996 zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate der Welt. Der Anstieg der Bevölkerungszahlen nach dem Zweiten Weltkrieg war im wesentlichen durch Zuwanderung bedingt. Rund 13 Millionen deutsche Vertriebene und Flüchtlinge kamen aus den früheren deutschen Ostprovinzen und aus Osteuropa in das Gebiet des heutigen Deutschland.

Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 und der hermetischen Abriegelung der Grenze durch die damalige DDR hielt eine große Fluchtbewegung von Ost nach Westdeutschland an. Seit Anfang der sechziger Jahre kam eine erhebliche Anzahl von ausländischen Arbeitnehmern in die alten Länder der Bundesrepublik, deren expandierende Wirtschaft zusätzliche Arbeitskräfte benötigte.

Regionale Unterschiede

Das deutsche Volk ist im Wesentlichen aus verschiedenen deutschen Stämmen wie den Franken, Sachsen, Schwaben und Bayern zusammengewachsen. Heute sind diese alten Stämme in ihrer ursprünglichen Gestalt längst nicht mehr vorhanden, doch leben ihre Traditionen und Dialekte in geschichtlich gewachsenen regionalen Gruppen fort.

Mit der Bevölkerung der einzelnen Länder sind die alten Stämme jedenfalls kaum noch identisch. Die Länder, so wie sie heute bestehen, sind zum großen Teil erst nach dem Zweiten Weltkrieg unter Mitwirkung der Besatzungsmächte geschaffen worden, wobei die Grenzziehung auf Traditionen oft keine Rücksicht nahm. Zudem haben die Flüchtlingsströme und großen Wanderungsbewegungen der Nachkriegszeit, aber auch die Mobilität der modernen Industriegesellschaft die Grenzen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen mehr oder weniger verwischt.

Unterschiedliche charakteristische Eigenschaften werden den Volksgruppen von alters her zugeschrieben. So gelten die Mecklenburger als verschlossen, die Schwaben als sparsam, die Rheinländer als lebenslustig und die Sachsen als fleißig und pfiffig – traditionelle Erfahrungen, die heute noch immer im Sinn einer folkloristisch-heiteren Rivalität zwischen den Bevölkerungsteilen willkommen sind.

Integrierte Volksgruppen

Die Stammbevölkerung besteht fast nur aus Deutschen, hier gibt es wenige nationale Minderheiten. Im Sudosten, nicht weit von Dresden, leben Sorben (etwa 60 000 Menschen, die zu den Westlaven gehören). Im Norden lebt eine kleine danische (etwa 50 000 Menschen) und im Westen eine kleine niederländische Minderheit.

Die Lausitzer Sorben sind Nachfahren slawischer Stämme. Sie besiedelten im Zug der Völkerwanderung im 6. Jahrhundert das Gebiet ostwärts von Elbe und Saale; ihre erste urkundliche Erwähnung stammt von 631. Im 16. Jahrhundert entstand unter dem Einfluß der Reformation eine sorbische Schriftsprache. Während die Sorben im Zuge demokratischer Bestrebungen im 19. Jahrhundert eine Phase nationaler Wiedergeburt erlebten, wurde zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur ihre Vernichtung geplant. Das wiedervereinigte Deutschland hat sich zur Förderung der sorbischen Minderheit verpflichtet. Neben dem Institut für Sorabistik an der Universität Leipzig gibt es Schulen, Vereine und weitere Institutionen zur Pflege der sorbischen Sprache und Kultur.

Die Friesen sind Nachfahren eines germanischen Stammes an der Nordseeküste (zwischen Niederrhein und Ems) und haben sich – neben ihrer eigenständigen Sprache – zahlreiche Traditionen bewahrt. Im Landesteil Schleswig von Schleswig-Holstein, besonders um Flensburg, lebt eine dänische Minderheit.

Die demographische Entwicklung in Deutschland

Drei Trends sind kennzeichnend für die demographische Entwicklung in Deutschland: eine niedrige Geburtenrate, die steigende Lebenserwartung und die Alterung der Gesellschaft.

Seit drei Jahrzehnten befindet sich Deutschland in einem Geburtentief: Die Zahl der Geburten liegt seit 1975 mit leichten Schwankungen bei etwa 1,3 Kindern pro Frau. Die Kindergeneration ist also seit 30 Jahren um etwa ein Drittel kleiner als die Elterngeneration. Hohe Zuwanderungsraten aus anderen Gesellschaften nach Westdeutschland verhinderten, dass die Bevölkerung entsprechend schrumpfte. Gleichzeitig stieg die Lebenserwartung der Menschen kontinuierlich an. Sie beträgt mittlerweile bei Männern 77 Jahre und bei Frauen 82 Jahre.

Die steigende Lebenserwartung und noch mehr die niedrigen Geburtenzahlen sind die Ursache für den dritten Trend: Der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung geht zurück, gleichzeitig nimmt der Anteil der älteren Menschen zu. Anfang der neunziger Jahre entfielen auf jeden über 60 Jahre alten Menschen knapp drei Personen im Erwerbsalter. Anfang des 21. Jahrhunderts beträgt das Verhältnis nur noch 1 zu 2,2 und Vorausberechnungen gehen davon aus, dass innerhalb des nächsten Jahrzehnts das Verhältnis von 1 zu 2 unterschritten werden dürfte. Die Alterung der Gesellschaft ist eine der größten Herausforderungen an die Sozial- und Familienpolitik. Die Rentenversicherung befindet sich deshalb seit längerem im Umbau: Der traditionelle „Generationenvertrag“ wird immer weniger bezahlbar und durch private Vorsorge fürs Alter ergänzt. Zudem werden verstärkt familienpolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Kinderzahl umgesetzt.

Generationenvertrag

So wird das System bezeichnet, mit dem die gesetzliche Rentenversicherung finanziert wird: Die heute Erwerbstätigen zahlen in einem Umlageverfahren mit

ihren Beiträgen die Renten der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Generation in der Erwartung, dass die kommende Generation dann später die Renten für sie aufbringt. Eine erste gesetzliche Regelung zur Alterssicherung wurde schon 1889 eingeführt. Mittlerweile gehören rund 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung der gesetzlichen Rentenversicherung an. Neben den Einzahlungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird das System heute auch durch Bundeszuschüsse getragen. Seit 2002 wird die gesetzliche Rente ergänzt durch eine staatlich geförderte kapitalgedeckte private Altersvorsorge. Neben der gesetzlichen Rente für Arbeitnehmer sichern Pensionen und andere Versicherungen die Altersvorsorge von Beamten und Freiberuflern.

Die Familie

Die Familie ist weiterhin die erste und vorrangige soziale Gruppe der Menschen und eine der wichtigsten sozialen Institutionen. Ihre Bedeutung als Lebenszentrum hat im Laufe der Zeit eher zu- als abgenommen. Für fast 90 Prozent der Bevölkerung steht die Familie an erster Stelle ihrer persönlichen Prioritäten. Auch unter jungen Menschen genießt sie hohe Wertschätzung: 72 Prozent der 12- bis 25-Jährigen sind der Meinung, dass man eine Familie zum Glücklichein braucht.

Doch die Vorstellungen, wie eine Familie auszusehen hat, sowie die Struktur der Familie haben sich im Zuge des sozialen Wandels stark verändert. In der traditionellen bürgerlichen Familie versorgte ein auf Dauer verheiratetes Ehepaar mehrere Kinder in strikter Rollentrennung: der Vater als berufstätiger Ernährer, die Mutter als Hausfrau. Dieses „Ernährermodell“ wird durchaus noch gelebt – zum Beispiel in unteren sozialen Schichten, unter Migranten oder auf Zeit, solange die Kinder noch klein sind –, aber es ist nicht mehr die vorherrschende Lebensform. Die Formen des Zusammenlebens sind erheblich vielfältiger geworden. Die Freiräume, zwischen verschiedenen Familienformen zu wählen oder auch ganz auf eine Familie zu verzichten, haben sich erweitert. Das hat nicht unerheblich mit der

veränderten Rolle der Frau zu tun: Rund 64 Prozent der Mütter sind heute berufstätig. Die Familien sind kleiner geworden. Ein-Kind-Familien tauchen häufiger auf als Familien mit drei und mehr Kindern. Typisch ist die Zwei-Kind-Familie. Auch ein Leben ohne Kinder – als Paar oder allein – wird öfter geführt. Fast jede dritte der 1965 geborenen Frauen ist bis heute kinderlos geblieben.

Nicht nur die Lebensformen, auch die moralischen Grundhaltungen unterliegen einem Wandel. Partnerschaftliche Treue ist zwar weiterhin ein wichtiger Wert, doch die Norm, eine Lebensgemeinschaft auf Dauer einzugehen, hat sich gelockert. Die Ansprüche an die Qualität einer Partnerschaft sind dagegen gestiegen. Dies ist einer der Gründe dafür, dass inzwischen etwa 40 Prozent der Ehen, die in den vergangenen Jahren geschlossen wurden, wieder geschieden werden. Eine erneute Heirat oder Partnerschaft ist die Regel. Deutlich zugenommen haben auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Besonders bei jüngeren Menschen oder wenn gerade eine Ehe gescheitert ist, ist die „Ehe ohne Tauschein“ beliebt. So ist auch die Zahl der unehelichen Geburten angestiegen: In Westdeutschland wird etwa ein Viertel, in Ostdeutschland mehr als die Hälfte der Kinder unehelich geboren. Eine Folge dieses Wandels ist die Zunahme der Stieffamilien und der Alleinerziehenden: Ein Fünftel aller Gemeinschaften mit Kindern sind Alleinerziehende, und dies sind in der Regel allein erziehende Mütter. Auch die innerfamiliären Verhältnisse haben sich in den vergangenen Jahrzehnten weiterentwickelt. Die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sind oft ausgesprochen gut und werden meist nicht mehr durch Gehorsam, Unterordnung und Abhängigkeit, sondern eher durch Mitsprache und Gleichberechtigung, durch Unterstützung, Zuwendung und Erziehung zur Selbstständigkeit geprägt.

Frauen und Männer

Die im Grundgesetz geforderte Gleichberechtigung der Frauen ist in Deutschland – so wie in anderen modernen Gesellschaften auch – ein erhebliches

Stück vorangekommen. So haben im Bildungsbereich die Mädchen die Jungen nicht nur eingeholt, sondern inzwischen sogar überholt. An den Gymnasien stellen sie 56 Prozent der Absolventen; der Anteil junger Frauen an den Studienanfängern der Universitäten beträgt knapp 54 Prozent. Von den Auszubildenden, die 2006 ihre Abschlussprüfung erfolgreich abgelegt haben, waren 43 Prozent junge Frauen. Immer mehr Frauen stehen im Berufsleben. Auch durch das seit 2008 geltende neue Unterhaltsrecht im Scheidungsfall wird es für Frauen immer wichtiger, einen Beruf zu haben. In Westdeutschland sind mittlerweile 67 Prozent der Frauen berufstätig, in Ostdeutschland 73 Prozent. Während Männer in der Regel einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, arbeiten Frauen häufig, besonders jene mit kleineren Kindern, in Teilzeit.

Auch bei Löhnen und Gehältern bestehen nach wie vor Differenzen zwischen den Geschlechtern: So verdienen Arbeiterinnen nur 74 Prozent des Gehalts ihrer männlichen Kollegen und Angestellte lediglich 71 Prozent. Dies hat im Wesentlichen damit zu tun, dass Frauen häufig in niedrigeren und damit schlechter bezahlten Positionen arbeiten. Auch wenn sie inzwischen häufiger in die Spitzenpositionen der Berufswelt vorrücken, stoßen sie dabei nach wie vor auf erhebliche Karrierehindernisse. So sind zum Beispiel zwar knapp die Hälfte der Studierenden, aber nur ein Drittel der wissenschaftlichen Mitarbeiter und lediglich 15 Prozent der Professoren Frauen.

Jugend

Die zentrale Bezugsgruppe der jungen Menschen ist – neben den Cliques der Gleichaltrigen, deren Bedeutung stark zugenommen hat – die Familie. Noch nie lebten so viele Jugendliche – 73 Prozent der Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren – so lange im Haushalt ihrer Eltern wie heute. Fast alle 12- bis 29-Jährigen geben an, ein sehr gutes und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Eltern zu haben. Eine Ursache für den längeren Verbleib in der Familie ist, dass immer mehr junge Menschen immer länger im Bildungssystem bleiben. Ihr

Qualifikationsniveau ist deutlich gestiegen. Insgesamt erwerben 43,4 Prozent eines Jahrgangs (18- bis 20-Jährige) eine Studienberechtigung, 36 Prozent eines Jahrgangs nehmen dann auch mittelfristig ein Studium auf. Zu den Problemgruppen im Bildungssystem gehören vor allem junge Menschen aus sozial schwachen Schichten und aus Migrantenfamilien.

Im Vergleich zu früheren Jugendgenerationen sind die Jugendlichen pragmatischer geworden und haben nicht nur ein gutes Verhältnis zur Elterngeneration, sondern auch zur Demokratie: Die pessimistische Protest- und „Null Bock“- Haltung der achtziger Jahre ist weitgehend einem unideologischen, optimistischen Pragmatismus gewichen. Die heutige junge Generation ist erfolgsorientiert und leistungsbereit. Ihre Lebensmaxime kann man auf die Formel „Aufstieg statt Ausstieg“ bringen.

Migration und Integration

Deutschland ist ein gastfreundliches Land. Von den rund 82,0 Millionen Bewohnern der Bundesrepublik 1996 sind 7,3 Millionen Ausländer; sie alle sind gerne nach Deutschland gekommen und im Land geblieben.

Die deutsche Wirtschaft ist seit dem Nachkriegsboom der fünfziger Jahre auf Arbeitsmigranten angewiesen. Die meisten der damals so genannten „Gastarbeiter“ sind in ihre süd- und südosteuropäischen Heimatländer zurückgekehrt, aber viele sind zum Leben und Arbeiten in Deutschland geblieben. Geblieben sind auch viele der später zugewanderten türkischen Migranten. Deutschland hat sich allmählich von einem Gastarbeiterland zu einem Land mit gesteuerter Zuwanderung entwickelt.

Eine zweite große Gruppe von Einwanderern bilden die deutschstämmigen Aussiedler, die seit vielen Generationen in den Staaten der früheren Sowjetunion, in Rumänien und in Polen gelebt haben und – verstärkt nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme – nach Deutschland zurückkehren. Diese beiden Einwanderergruppen haben erreicht, dass die Anzahl der Zuwanderung pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland in den achtziger Jahren sogar erheblich höher lag

als in klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada oder Australien. Mehr als sieben Millionen Ausländer, das sind fast neun Prozent der Bevölkerung, leben in Deutschland. Hinzu kommen etwa 1,5 Millionen eingebürgerte ehemalige Ausländer und etwa 4,5 Millionen Aussiedler. Insgesamt leben in Deutschland rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, zu denen nach Definition des Statistischen Bundesamtes u. a. auch eingebürgerte Ausländer sowie Kinder mit einem ausländischen Elternteil zählen.

Unter den Ausländern stellen die türkischen Staatsangehörigen mit etwa 1,7 Millionen die größte Gruppe, an zweiter Stelle stehen die Italiener (530000). Bei der Integration der Migranten in den vergangenen beiden Jahrzehnten sind Fortschritte erzielt worden: Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wurde gesetzlich erleichtert, die Kontakte zwischen Migranten und Deutschen sind intensiver, die Akzeptanz der ethno-kulturellen Vielfalt hat zugenommen. Und mit dem neuen Zuwanderungsgesetz gibt es erstmals eine umfassende gesetzliche Regelung, die alle Bereiche der Migrationspolitik berücksichtigt. Doch bleibt Integration eine Herausforderung an Politik und Gesellschaft. Die Bundesregierung sieht in der Integration der in Deutschland lebenden Ausländer einen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Dabei stehen Sprachförderung, Bildung und die Integration in den Arbeitsmarkt im Vordergrund. Im Juli 2006 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem ersten Integrationsgipfel mit Vertretern aller für Integration relevanten gesellschaftlichen Gruppen eingeladen. Das Ergebnis – der „Nationale Integrationsplan“ – wurde Mitte 2007 vorgestellt. Er enthält klare Ziele sowie über 400 konkrete Maßnahmen der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure: So soll ein Netzwerk von Bildungspaten Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien in Schule und Ausbildung unterstützen, und die Wirtschaftsverbände sagten zu, jungen Migrantinnen und Migranten bessere Chancen bei der Ausbildung zu gewähren. Die Umsetzung des Plans soll regelmäßig überprüft werden.

Ausländerpolitik

Fast die Hälfte der Ausländer lebt seit mindestens zehn Jahren in Deutschland, 30 Prozent sind schon 20 Jahre und länger hier. Von den Ausländern, die sich seit mindestens zehn Jahren hier aufhalten, sind rund 900000 jünger als 25 Jahre. Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen sind hier geboren. Die deutsche Ausländerpolitik setzt vor diesem Hintergrund einen Schwerpunkt auf die Integration der auf Dauer hier lebenden Zuwanderer. Im Zentrum dieser Integrationspolitik steht die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts.

Die Integration der seit langem hier lebenden Ausländer wird durch eine Reihe von Maßnahmen gefördert. So gibt es zum Beispiel besondere Sprachförderungsprogramme und eine eigene Sozialberatung für Ausländer.

Die Belange ausländischer Mitbürger nimmt die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländer wahr. Sie befaßt sich mit Konzeption und Einzelfragen der Ausländerpolitik und führt dazu Gespräche mit deutschen und ausländischen Politikern, Vertretern der Sozialpartner und anderen gesellschaftlichen Gruppen; insbesondere ist sie der Ansprechpartner der in der Ausländerarbeit aktiven Organisationen. Die Ausländerbeauftragte unterstützt vor allem Initiativen zur Förderung der ausländischen Wohnbevölkerung. Zu diesem Zweck steht sie auch in ständigem Kontakt mit den Botschaften der ehemaligen Anwerbeländer, besucht diese Länder auch selbst und führt Gespräche mit Regierungsvertretern vor Ort.

Eine wichtige Aufgabe sieht die Beauftragte in der Vermittlung umfassender und sachlicher Informationen über die Geschichte der Ausländerbeschäftigung sowie deren wirtschaftliche Bedeutung, die Entstehung und Entwicklung der deutschen Ausländerpolitik, die menschlichen Aspekte der faktischen Einwanderungssituation für Ausländer wie Deutsche und schließlich über die politisch-rechtlichen Bindungen der Bundesrepublik Deutschland aufgrund internationaler Abkommen und Erklärungen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird auch weiterhin den Zuzug von Ausländern begrenzen, auch im Interesse der in Deutschland ansässigen Ausländer und ihrer Integration. Der 1973 erlassene Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten bleibt aufrechterhalten. Illegale Einreise und Beschäftigung sind strafbar.

In Deutschland dauerhaft ansässige Ausländer können die deutsche Staatsangehörigkeit nach derzeit geltendem Recht nur durch Einbürgerung erwerben, die im wesentlichen im Reichs und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und im Ausländergesetz von 1990 geregelt ist. Die Einbürgerungstatbestände des Ausländergesetzes für in Deutschland aufgewachsene junge Ausländer und seit 15 Jahren hier lebende Ausländer sind seit 1993 als Einbürgerungsansprüche ausgestaltet. Die Bundesregierung wird im Rahmen ihrer Integrationspolitik ein neues, modernes Staatsangehörigkeitsrecht entwickeln mit einem Geburtserwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für hier geborene Ausländerkinder und deutlichen Erleichterungen der Einbürgerung.

Schluß

Deutschland ist ein Land mit einer großen Bevölkerungsdichte. Zur Zeit leben in der BRD mehr als 80 Millionen Menschen, 6,5 davon sind Ausländer. Die Stammbevölkerung besteht fast nur aus Deutschen, hier gibt es wenige nationale Minderheiten.

Die Bevölkerung in Deutschland ist räumlich sehr unterschiedlich verteilt. Der Westen des Landes ist wesentlich dichter besiedelt als der Osten.

Die deutsche Gesellschaft ist eine moderne und offene Gesellschaft: Die meisten Menschen verfügen über eine gute Ausbildung, einen international betrachtet hohen Lebensstandard und über entsprechende Freiräume zur individuellen Lebensgestaltung. Im Zentrum ihres Lebens steht die Familie, deren Formen immer vielfältiger werden. Doch die Gesellschaft steht vor der Herausforderung, wichtige Probleme der Bevölkerungsentwicklung – die Alterung der Gesellschaft sowie die Zuwanderung mit zunehmender ethno-kultureller

Vielfalt – zu lösen. Und noch eine Aufgabe haben die Deutschen zu bewältigen: die Folgen der 45-jährigen deutschen Teilung. Seit der politischen Wiedervereinigung im Jahr 1990 ist schon vieles geschehen, dennoch wird die Herstellung der sozialen Einheit Deutschlands auch in absehbarer Zukunft ein wichtiges Thema bleiben.

Список использованной литературы

1. Архипкина Г. Д. Коляда Н. А Страноведение. Германия: обычаи, традиции, праздники, этикет – М.:2004
2. Драчева Е. Л., Яворская А. О., Христов Т. Т. Страноведение. Германия, Италия, Финляндия - М.:2007
3. Коноплева Т.Г. Страноведение. Федеративная Республика Германия - .М.: 2007
4. Коляда Н.А. Страноведение. Германия - М.: 2002
5. Лебедев В.Б. Знакомьтесь: Германия! Пособие по страноведению — М.: 2002
6. Панасюк Х.Г. - Германия: Страна и люди — Мн.:2004